



## Niederschrift

**über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 12/2003-2008 am 12.09.2005 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

---

**Beginn: 18.30 Uhr**

**Ende: 20.32 Uhr**

### **Anwesend:**

Ausschussvorsitzender	Michael Meschede
Ausschussmitglied	Dietmar Bittner
Ausschussmitglied	Elisabeth v. Bressensdorf (für AM Schümann)
Ausschussmitglied	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Ausschussmitglied	Clauss-Dieter Rommerskirchen
Ausschussmitglied	Peter Rüter
Ausschussmitglied	Carsten Schäfer
Ausschussmitglied	Jörg Schlömann
Ausschussmitglied	Joachim Süme, zugleich als Bürgervorsteher
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Jörn Mohr Bärbel Brix als Protokollführerin

### **Tagesordnung:**

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 11/2003-2008 am 11.04.2005**
- 3. Berichtswesen**
  - a) Steuerschätzung Mai 2005**
  - b) Über- und außerplanmäßig geleistete Ausgaben des Haushaltsjahres 2005**
- 4. 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2005**
- 5. Vermarktung von Gewerbeflächen durch ortsansässige Makler  
-Antrag der WHU-Fraktion-**
- 6. Unterrichtungen / Anfragen**
- 7. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 8. Grundstücksangelegenheiten**



Herr Meschede eröffnet als Ausschussvorsitzender die Sitzung.

### **Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

#### **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Herr Köhlmann-Thater bezieht sich auf eine Vortragsveranstaltung der TU Hamburg-Harburg, die vor einigen Tagen im Rathaus stattfand. Dem Referat des Herrn Menzel konnte er entnehmen, dass Bürger gemeinschaftliches Grün als weniger wichtig ansehen. Er fragt, ob es tatsächlich notwendig ist, die gesamten zur Verfügung stehenden Verkaufserlöse (B-Plan Nr. 32) für den Bürgerpark auszugeben.

Bürgermeister Dornquast stellt fest, dass Aufträge bereits erteilt und damit die Mittel gebunden sind.

Frau Lessing gibt zu bedenken, dass überwiegend junge Familien befragt worden sind und die Umfrage nicht repräsentativ ist. Herr Schlömann bewertet die Kategorie „innerörtliches Grün“ anders als einen Bürgerpark. Hier sei zu differenzieren.

Herr Rauen hält die Interpretation von Herr Köhlmann-Thater für nicht zulässig und begründet dies. Herr Brocks hebt die Bedeutung eines Parks für die Bürger hervor und vertritt die Auffassung, dass die Verkaufserlöse insgesamt dafür zu verwenden sind. Frau v. Bressendorf weist auf die bereits seit 30 Jahren währende Verschiebung dieser Maßnahme hin.

### **Zu Punkt 2 der Tagesordnung:**

#### **„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 11/2003-2008 am 11.04.2005“**

Es werden keine Einwendungen erhoben; die Niederschrift über die Sitzung 11/2003-2008 am 11.04.2005 gilt somit als genehmigt.

### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung:**

#### **„Berichtswesen**

##### **a) Steuerschätzung Mai 2005**

##### **b) Über- und außerplanmäßig geleistete Ausgaben des Haushaltsjahres 2005**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Bericht über die Steuerschätzung Mai 2005 und der Bericht zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2005 einschließlich jeweiliger Anlage zugegangen.

Bürgermeister Volker Dornquast stellt kurz die Steuerschätzung Mai 2005 vor. Die Daten dieser Schätzung sind unter Berücksichtigung weiterer Änderungen in den Nachtrag 2005 eingeflossen.

Die im Bericht dargestellten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind grundsätzlich im Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt. In Einzelfällen kann es jedoch sein, dass



durch zeitliche Überschneidung eine Einbringung in den Nachtragshaushalt nicht mehr möglich war.

Bürgermeister Dornquast beantwortet Fragen zu Einzelpositionen.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses nehmen den Bericht über die Steuerschätzung Mai 2005 und den Bericht zu über- und außerplanmäßig geleisteten Ausgaben des Haushaltsjahres 2005 zur Kenntnis.

#### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**

#### **„1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2005“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsvorlage einschließlich 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2005 sowie den Nachtragshaushaltsplan mit den Anlagen erhalten.

Ausschussvorsitzender Herr Meschede erklärt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag der SPD-Fraktion vorliegt, im Haushaltsjahr 2005 Ausgaben für die Umrüstung von vier Lichtsignalanlagen auf LED-Technik und die Gehwegverlegung im Bereich des Parkplatzes der Grundschule Rhen in der Theodor-Storm-Straße vorzusehen. Die Mitglieder sind sich darin einig, über diesen Antrag im Rahmen der folgenden Lesung zum Nachtragshaushaltsplan 2005 zu beraten.

Bürgermeister Dornquast präsentiert die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2005 und stellt insbesondere den Unterabschnitt 90000 mit den Ansätzen für Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen vor. Das Gewerbesteueraufkommen ist gestiegen. Eine weitere Steigerung beinhaltet der neue Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Der Gemeindeanteil ist – wie in den Vorjahren auch – aufgrund der tatsächlichen Zahlungseingänge von der Verwaltung geschätzt worden. In Sachen Kreisumlage erinnert Bgm. Dornquast an die ursprünglich im Haushalt 2005 berücksichtigte Erhöhung um 1,5 %, die aufgrund eines anders lautenden Kreistagsbeschlusses jetzt wieder zurückgenommen werden kann. Aufgrund höherer Gewerbesteuererinnahmen ist eine höhere Gewerbesteuerumlage zu zahlen.

Herr Süme möchte grundsätzlich wissen, ob es bei diesem Kreisumlagensatz bleibt oder ob wegen der Belastungen aus der Hartz IV – Gesetzgebung Änderungen zu erwarten sind. Bürgermeister Dornquast informiert über das Ansinnen des Kreises, die Kreisumlage um 5 % allein mit der Begründung anzuheben, dass die Lasten aus der Hartz IV Gesetzgebung zu hoch sind. Begründendes Zahlenmaterial liegt noch nicht vor, so dass die Perspektive noch nicht klar ist. Diese Angelegenheit wird im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2006 weiter zu verfolgen sein.

Ausschussvorsitzender Meschede fragt nach dem Grund für die gestiegenen Personalkosten in der Hauptverwaltung. Bürgermeister Dornquast erklärt, dass es sich größtenteils um Verschiebungen innerhalb der Unterabschnitte des Haushaltes handelt; hier insbesondere durch die Neuorganisation des Fachbereiches 2. Entsprechende Einsparungen spiegeln sich in den Unterabschnitten 30000 und 4000 wider. Auf Nachfrage von Frau Lessing zu den schwankenden Personalausgaben in den jeweiligen Kinderta-



geseinrichtungen antwortet Bürgermeister Dornquast, dass Personalumsetzungen und sonstige Änderungen hier ausgabenseitig angepasst sind.

Herr Schäfer stellt fest, dass für ein Mittagessen in der Schule am Beckersberg (3,30 EUR), im Kinderhort (4,30 EUR) und in den Kindertagesstätten (2,80 EUR) unterschiedliche Kostenbeiträge erhoben werden. Er möchte wissen, wie sich diese unterschiedlichen Kostenbeiträge zusammensetzen.

Bürgermeister Dornquast erklärt, dass die o.g. Kostenbeiträge nicht kostendeckend sind. Eine Übersicht der den Kostenbeiträgen zugrunde liegenden Ausgaben ist der Anlage beigefügt.

Im Unterabschnitt 70010 – Niederschlagswasserbeseitigung – bemängelt Herr Süme den stark gestiegenen Arbeitsplatzkostenanteil der Verwaltung. Bürgermeister Dornquast erläutert diesen Umstand anhand diverser durchzuführender Überprüfungen der Grundstücksanschlüsse und der Berücksichtigung der Kosten, die im Hintergrund ablaufen (wie z.B. Personalabteilung oder sonstige zentrale Einheiten). Die Verwaltung weist auf etliche Widerspruchsverfahren hin, die zwar größtenteils bearbeitet sind, aber noch einige schwere Fälle beinhalten.

Herr Schäfer stellt fest, dass die Nutzungsentschädigung für Räume im Bürgerhaus um 5.000,00 EUR gesunken ist. Bürgermeister Dornquast führt diesen Umstand auf den Befreiungstatbestand in § 13 Abs. 4 der Gebührensatzung zurück.

Bürgermeister Dornquast stellt nach der Reihenfolge der Unterabschnitte die jeweils im Vermögenshaushalt geplanten Maßnahmen vor und erläutert diese.

Frau Lessing appelliert an die Ausschusmitglieder, sich endgültig und abschließend für die Anschaffung eines Kleintraktors zu entscheiden. Herr Süme ist der Meinung, zunächst einmal grundsätzlich zu untersuchen, ob jede Einheit einen eigenen Traktor vorhalten soll oder ob mit diesen Arbeiten künftig ein externes Unternehmen beauftragt wird.

Herr Schäfer stellt einen Rückgang der Zuweisungen im Schulbau fest. Es könne doch nicht sein, dass diese Mittel erst zugesagt und dann zurückgezogen werden.

Bürgermeister Dornquast erläutert, dass es sich hier um zeitliche Verschiebungen handelt. Die zugesagten Zuschüsse erhält Henstedt-Ulzburg in jedem Fall. Erste Planungsgrundlage bildet das Schulbausanierungsprogramm. Im Rahmen der Durchführung und Abrechnung der jeweiligen Baumaßnahme mit dem Land verschiebt sich jedoch die tatsächliche Fälligkeit der Zuweisungen. Jede Einzelmaßnahme wird in diverse Teilabschnitte gesplittet und jede Zuweisung für einen Teilabschnitt auf mehrere Haushaltsjahre verteilt. Dieser Umstand macht entsprechende Anpassungen im Haushalt notwendig.

Auf Nachfrage von Herrn Brocks erläutert Bürgermeister Dornquast den weiteren Weg beim Bau der Grundschule Ulzburg-Süd. Derzeit wird geprüft, ob das Projekt für eine Ausschreibung nach einem PPP-Modell geeignet ist. Die weitere Vorgehensweise ist noch offen und hängt insbesondere von Wirtschaftlichkeitsaspekten ab.



Herr Schäfer fragt, wie es mit dem Bau eines Sportplatzes an der Grundschule Ulzburg-Süd aussieht und schlägt vor, diese Maßnahme vorzuziehen. Die Sportvereine klagen über mangelnde Trainingsmöglichkeiten.

Bürgermeister Dornquast beabsichtigt, einen Sportstättenbedarfsplan zu erstellen. In diesem Plan werden die Platzbedarfe der Mannschaften dem tatsächlichen Sportstättenbestand gegenübergestellt. Das Ergebnis sollte als Entscheidungshilfe für entsprechende Investitionen verwendet werden.

Vor dem Hintergrund der Beratung über die Kanal- und Fassadensanierung des Hausmeisterhauses an der Schule am Beckersberg schlägt Herr Süme vor, eine Grundsatzprüfung dahingehend vorzunehmen, künftig keine Hausmeisterhäuser an den Schulen vorzuhalten.

Zu diesem Vorschlag tauschen die Mitglieder Argumente hinsichtlich weiterer Unterhaltungsinvestitionen, Nutzungsentschädigungen, Unterhaltungskosten, Gebäuderestwert sowie Verfügbarkeit des Hausmeisters aus.

Der Antrag von Herrn Schlömann, die Verwaltung möge prüfen, ob die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes noch gegeben ist, wird übereinstimmend angenommen.

Auf Nachfrage von Herrn Rommerskirchen berichtet Bürgermeister Dornquast kurz in Sachen Sporthalle am Alstergymnasium (hier: Wassereinbruch während einer Dachreparatur durch eine externe Baufirma). Die Halle wird mindestens bis Ende November gesperrt sein.

Nach Beratung weiterer Punkte des Vermögenshaushaltes und entsprechenden Erläuterungen durch Bürgermeister Dornquast wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung verlesen und vom Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2005 gemäß Vorlage zu beschließen.**

**Beschlussfassung:**

**10 Stimmen dafür  
1 Stimmenthaltung (Herr Schäfer)**

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung:**

**„Vermarktung von Gewerbeflächen durch ortsansässige Makler  
-Antrag der WHU-Fraktion-“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsvorlage nebst Antrag der WHU-Fraktion vom 29.08.2005 erhalten.

Herr Schäfer verweist auf den schriftlichen Antrag seiner Fraktion, den alle erhalten haben. Seines Wissens nach gibt es keinen Beschluss der gemeindlichen Gremien, dass ortsansässige Makler in die Vermarktung von Gewerbeflächen einbezogen werden.



Bürgermeister Dornquast berichtet über die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung (siehe Vorlage) und stellt die Frage nach der Honorierung der Vermittlungstätigkeit.

Frau v. Bressensdorf hält es für problematisch, Maklern eine feste Vermittlungsgebühr zuzusagen. Im Normalfall zahlt der Käufer einer Immobilie die Provision.

Herr Rauen bittet, die Abhängigkeit von der derzeitigen Marktsituation (Nachfragemarkt) zu bedenken. Er sieht es als sinnvoll an, hier zusätzliche Anreize zu schaffen. Frau Lessing schließt sich im Grundsatz der Meinung von Herrn Rauen an. Hier muss die Gemeinde bereit sein, andere Wege zu gehen, weil es die momentane Situation nicht anders hergibt. Eine etwaige Änderung der Situation bedarf einer Änderung dieses Beschlusses.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, für die Vermarktung von Gewerbegrundstücken grundsätzlich keine festen Makler-/Serviceverträge mit festen Provisionen zu vereinbaren.**

**Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen von 1,64 €/m<sup>2</sup> incl. MwSt. Provisionsverhandlungen zu führen und entsprechende Provisionszahlungen für die konkrete Vermittlung von Grundstücksflächen zu leisten.**

**Beschlussfassung:**

**10 Stimmen dafür**

**1 Stimme dagegen (Frau v. Bressensdorf)**

**Zu Punkt 6 der Tagesordnung:  
„Unterrichtungen / Anfragen“**

Bürgermeister Dornquast verweist auf die gesunkenen Einnahmen der Benutzungsgebühren für das Bürgerhaus (siehe Beratung zu TOP 4). Dieser Einnahmeverlust ist auf den in der Satzung in § 13 Absatz 4 enthaltenen Tatbestand der Gebührenbefreiung zurückzuführen (à Satzung über die Benutzung öffentlicher Einrichtungen der Gemeinde Henstedt-Ulzburg sowie über die Erhebung von Benutzungsgebühren).

Seinerzeit hat der Kultur- und Jugendausschuss beschlossen, für Veranstaltungen, die gemeinnützigen Zwecken und insbesondere der Finanzierung der Vereine dienen, keine Benutzungsgebühren zu erheben. Diese Regelung hat im Endeffekt zur Folge, dass die ortsansässigen Vereine, Verbände und Organisationen für alle ihre Veranstaltungen das Bürgerhaus kostenfrei nutzen können und zwar unabhängig davon, ob Eintrittsgelder erhoben werden oder nicht.

Mit dem Verzicht auf Mieteinnahmen werden gemeinnützige Angelegenheiten indirekt finanziert. Es stellt sich die Frage, ob die Gemeinde weiter an dieser indirekten Finanzierung festhalten will oder ob nicht besser wäre, gemeinnützige Angelegenheiten der ortsansässigen Vereine, Verbände und Organisationen direkt und zielgerichtet zu fördern.



Bürgermeister Dornquast bittet die Fraktionen um Meinungsbildung. Zur Änderung der Satzung wird eine Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 28.11.2005 vorgeschlagen.

**Zu Punkt 7 der Tagesordnung:**  
**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Es werden keine Fragen durch Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

Ausschussvorsitzender Herr Meschede schließt die Öffentlichkeit für den folgenden Tagesordnungspunkt aus, weil es sich um eine vertrauliche Angelegenheit handelt.

**Zu Punkt 8 der Tagesordnung:**  
**„Grundstücksangelegenheiten“**

Die Niederschrift für diesen Tagesordnungspunkt ist in der Anlage beigefügt. Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 8 stellt Ausschussvorsitzender Herr Meschede die Öffentlichkeit wieder her. Eine Bekanntgabe der gefassten Beschlüsse erübrigt sich, weil keine anderen Personen anwesend sind.

gez. Michael Meschede  
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix  
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)

Anlagen

**Ermittlung der Verpflegungskosten für den Kindergarten Kranichstraße 2003**

Anzahl der Essen	23.909
<u>Ausgaben 2003</u>	
Lebensmittelkosten	€ 33.234,17
Personalkosten	€ 50.233,76
Anschaffungs- und Unterhaltungskosten	€ 2.625,94
Stromkosten - € 6.086,37 insgesamt, davon ca. 50% für die Zubereitung der Mittagsmahlzeiten	€ 3.043,18
Wasser-/Abwasserkosten - € 1.536,91 insgesamt, davon ca. 10% für die Zubereitung der Mittagsmahlzeiten	€ 153,69
<b>gesamt</b>	<b>€ 89.290,74</b>

€ 89.290,74 : 23.909 Essen                      € 3,73 / Kindergartenessen  
€ 3,73 x 1,5    € 5,59 / Kinderhortessen

Bei der Ermittlung der Verpflegungskosten für die Hortkinder wurde aufgrund der größeren Portionen das Kindergartenessen mit 1,5 multipliziert. Zuletzt wurde das Kindergartenessen am 01.08.04 von 2,61 € auf 2,86 €, sowie das Kinderhortessen von 3,94 € auf 4,30 € angehoben. Damit liegen diese Beträge unter den tatsächlichen Kosten für ein Essen.

Im Auftrag

(Kleis)

**Ermittlung der Verpflegungskosten für den Kindergarten Beckersberg II (Neubau) 2003**

Anzahl der Essen	24.401
<hr/>	
Ausgaben 2003	
Lebensmittelkosten	€ 29.339,47
Personalkosten	€ 52.526,61
Anschaffungs- und Unterhaltungskosten	€ 4.926,39
Stromkosten - € 6.840,02 insgesamt, davon ca. 50% für die Zubereitung der Mittagsmahlzeiten	€ 3.420,01
Wasser-/Abwasserkosten - € 1.937,36 insgesamt, davon ca. 10% für die Zubereitung der Mittagsmahlzeiten	<hr/> 193,73
gesamt	€ 90.406,21
€ 90.406,21 : 24.401 Essen	€ 3,70 / Kindergartenessen
€ 3,70 x 1,5	€ 5,55 / Kinderhortessen

Bei der Ermittlung der Verpflegungskosten für die Hortkinder wurde aufgrund der größeren Portionen das Kindergartenessen mit 1,5 multipliziert. Zuletzt wurde das Kindergartenessen am 01.08.04 von 2,61 € auf 2,86 €, sowie das Kinderhortessen von 3,94 € auf 4,30 € angehoben. Damit liegen diese Beträge unter den tatsächlichen Kosten für ein Essen.

Im Auftrag

(Kleis)